

Schülerrat – Vorschlag und Frage an die Mitglieder Bezirksversammlung

Am Standort Hanhoopsfeld soll der Sportplatz mit einer Grundschul-Zweigstelle bebaut werden, sodass an diesem Standort drei Schulen ansässig wären und die Zahl auf rund 3000 Personen anwachsen würde (aktuell bereits 2500). Seitens der Elternräte des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums und der Grundschule Kapellenweg liegen deutliche schriftliche Ablehnungen vor. Und nach einer Informationsveranstaltung haben sich die Eltern und auch Schüler aller drei Schulen dagegen ausgesprochen.

Sollte das Projekt verwirklicht werden, haben die Schüler/innen am Standort nicht mehr genug Bewegungsfläche. (Was auf der Landkarte wie Freiflächen aussieht, sind zum Großteil nicht nutzbare Flächen, wie z. B. Regenrückhaltebecken, steile Hänge oder Wendehammer für LKW-Küchenanlieferung und -abfahrten der Mittagsmahlzeiten zu anderen Schulen.)

Warum man auf diesen Sportplatz nicht verzichten kann, ist im Begründungsanhang dargelegt, das hat ja jeder gelesen.

Auch der Elternrat/Eltern der Grundschule lehnt das Pendeln der Lehrkräfte sowie das Zerreißen der Grundschule ab. (Große Bedenken gibt es auch bzgl. der Verkehrssituation, dem Altersunterschied)

Außerdem ist offen, wie verlässlich die Zahlen der unterzubringenden Grundschul Kinder zum Zeitpunkt der Fertigstellung 2028 wirklich sind. (Geburtenknick 2021? Weiterer Zuzug oder Heimkehr der Flüchtlinge?)

Wir schlagen ein Moratorium vor.

Wenn nötig mit einer Pufferlösung für die aktuellen Belastungsspitzen, für die laut Schulentwicklungsplan und Aussage der BSB ja auch nicht dauerhaft geplant werden soll.

So entsteht ein Zeitraum, in dem zum einen die zu erwartenden Schülerzahlen überprüft werden können und zum zweiten ergebnisoffen alle Optionen für deren Verbleib (d.h. alternative Standorte für eine ganz neue hochattraktive Grundschule, Verlagerung oder Teilverlagerung in andere Grundschulen, Ergänzungs- oder Aufstockungsbauten an verschiedenen Standorten etc.) in den Blick genommen werden können. (Vielleicht gibt es Lösungen, die auch langfristig viel besser und angemessener sind anstatt unter Zeitdruck immer wieder ein Flickwerk an das andere zu heften.)

In diesem Prozess der Überprüfung und Lösungsfindung würden Vertretungen der Harburger Politik, der entsprechenden Fachbehörden, die BSB, die GMH (bzw. SBH) und die Vertretungen der Schulen an einen Tisch kommen und die Optionen sammeln, diskutieren und einen Lösungsvorschlag erarbeiten.

Jetzt kommt die eigentliche Frage zu diesem Komplex:

Kann und will die Bezirksversammlung Harburg unseren Vorschlag unterstützen und positiv in die Fachbehörden kommunizieren?